

Unsere Antwort auf diese Provokation der Länder ist eindeutig:

ver.di ruft zu Warnstreiks auf!
 Jetzt müssen die Beschäftigten den Arbeitgebern zeigen, was sie von dieser Provokation halten.

Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 28./29. März 2015 in Potsdam muss mächtig Druck gemacht werden!



Foto: Joachim Reetzger



Foto: Silvia Fischer

+++ ver.di ruft zu Warnstreiks auf! +++

Dritte Verhandlungsrunde mit der TdL am 16./17. März 2015 in Potsdam Noch immer kein Lohnangebot TdL hält an Einschnitten bei der VBL fest



Dritte Verhandlungsrunde ohne Ergebnis – Fortsetzung am 28./29. März 2015

- Die Arbeitgeber sehen sich außerstande, ein Angebot zur Entgeltterhöhung zu machen
- Die Arbeitgeber bestehen weiter auf Leistungskürzungen bei der VBL
- Keine Verständigung bei der Lehrkräfteeingruppierung
- Keine Aussagen zu den anderen ver.di-Forderungen

Keine Angebote der TdL gab es auch zu den weiteren ver.di-Forderungen nach

- einer verbindlichen Regelung zur Übernahme der Auszubildenden
- 30 Tagen Urlaub für Auszubildende
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Nachtarbeitszuschlag für die Beschäftigten in Krankenhäusern in Höhe des für alle geltenden Satzes von 20 Prozent
- Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamte
- Klarstellung des Geltungsbereiches des TV-L an Theatern und Bühnen
- Zusatzurlaub für Beschäftigte in Psychiatrien in Baden-Württemberg
- Tarifpflege
- Übergangsversorgung Justizvollzug und Feuerwehr

Bei der Lehrkräfteeingruppierung ist keine Einigung erkennbar. Wesentliche Forderungen der Gewerkschaften wurden weiterhin von den Ländern abgelehnt.

Es wurde verabredet, die Verhandlungen am 28./29. März 2015 in Potsdam fortzusetzen.

Bis dahin ist es erforderlich, unseren Forderungen mit verstärkten Warnstreiks Nachdruck zu verleihen. Der ver.di-Bundesvorstand hat deshalb zu Warnstreiks im Zeitraum vom 24. bis 26. März 2015 aufgerufen.

Der Schwerpunkt der dritten Verhandlungsrunde war erneut die Zusatzversorgung bei der VBL. ver.di erkannte einen Handlungsbedarf sowohl für den kapitalgedeckten Abrechnungsverband Ost als auch für den umlagefinanzierten Abrechnungsverband West an.

Die von der TdL geforderte Leistungsabsenkung wurde von ver.di mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen!

Im Interesse der Sicherung der VBL-Betriebsrente kann sich ver.di höhere Finanzierungsbeiträge vorstellen, an denen auch die Arbeitnehmer beteiligt werden.

Die Arbeitgeber waren dazu nicht bereit und bestanden auf Leistungskürzungen.

Noch immer waren die Arbeitgeber nicht bereit, ein Angebot für Entgeltterhöhungen abzugeben. Aus ihrer Sicht muss erst eine Einigung bei der Zusatzversorgung und bei der Lehrkräfteeingruppierung erzielt werden.

Wir sind es wert! Zeigen wir es den Arbeitgebern! Dein Engagement lohnt sich!

Liebe Kollegin, Lieber Kollege,

nur im Märchen fallen Taler vom Himmel. Im wirklichen Leben müssen gute Löhne für gute Arbeit entschieden eingefordert, hart verhandelt und notfalls auch erkämpft werden. In diesem Jahr gilt das für die Beschäftigten bei den Ländern, also für Sie.

Wir von ver.di sagen: Die Beschäftigten brauchen mehr Geld. Trotz des guten Tarifabschlusses 2013 hinkt der öffentliche Dienst den Einkommen anderer Branchen immer noch hinterher. Die Steuereinnahmen sprudeln und das muss sich für die Beschäftigten auszahlen. Denn sie leisten gute Arbeit.

Wir von ver.di sagen: Die Betriebsrente darf nicht gekürzt werden. Denn wer gute Arbeit leistet, muss auch im Alter abgesichert sein.

Aber: Gute Argumente reichen nicht. Jetzt aktiv die Forderung unterstützen, ver.di-Mitglied werden und im Streik abgesichert sein.

Falls Sie das auch so sehen:

**Herzlich willkommen!
 In einer starken Gemeinschaft**

...TRITT HEREIN **ver.di**

BEITRITTSERKLÄRUNG

Name			
Vorname			
Straße, Nr.			
PLZ, Ort			
Geburtsdatum	Telefon		
E-Mail			
Nationalität			
Beschäftigt als	Arbeiterin Azubi bis	Geschlecht Angestellte/r Anwärterin bis	weltlich Beamter/r Do-Angestellte/r
Dienststelle			
PLZ, Ort	Beitragsjahrgang ab		
monatlicher Bruttoverdienst			

Vereine Dienstleistungsgewerkschaft - GIsüßige-Identifikationsnummer: DE612220000101497 - Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SEPA-Lastschriftmandat
 Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise zur Monatsmitte zum Monatsende

IBAN

BIC

Bankinstitut

Datum Unterschrift

WerberIn Name

Mitglied, Nr.

Datenschutz
 Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes, in die jeweiligen Fassung.



ÜBER 100.000 IM WARNSTREIK



MAGDEBURG

10.000 Beschäftigte aus allen Bereichen der Landesverwaltung demonstrieren gegenüber dem TdL-Vorsitzenden Jens Bullerjahn Zusammenhalt.



JUGEND

In vielen kreativen, bunten und lauten Aktionen machten Auszubildende in vielen Bundesländern deutlich, wofür sie kämpfen: 30 Tage Urlaub, Übernahme und 100 Euro mehr Ausbildungsvergütung.



BREMEN

Da würden auch die Stadtmusikanten demonstrieren: Mehr Geld muss her und keine Kürzung bei der VBL.



BERLIN

Die Anzahl von 17.000 Warnstreikenden zeigt, wie sehr Einschnitte bei der betrieblichen Altersversorgung den Beschäftigten an die Nieren gehen würden.



HAMBURG

Über 5.000 Beschäftigte forderten Anerkennung und Wertschätzung, die sich auch in einem angemessenen Einkommen ausdrücken muss: 5,5%, mindestens 175 Euro mehr.



STUTTGART

5.000 Beschäftigte fordern von der Landesregierung für das Musterland eine g'scheite Lohnerhöhung.



DÜSSELDORF

20.000 fordern Einkommenserhöhungen, tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte und keine Einschnitte bei der VBL.



KIEL

3.000 Beschäftigte der Landesverwaltungen sind in Kiel zusammengekommen, um einen Deichbruch bei der VBL zu verhindern.



MÜNCHEN

ver.di-Mitglieder streiken für Entgelterhöhungen und gegen Kürzungen bei der VBL.